

PRESSEINFORMATION 62/2026

BWIIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2026: Exportstarke Industrie sorgt für bessere Stimmung – schwache Inlandsnachfrage und hohe Standortkosten bremsen die Erholung
Baden-Württembergs Wirtschaft fasst wieder Tritt – doch der Aufschwung bleibt fragil

Stuttgart, 19. Oktober 2026 – Baden-Württembergs Wirtschaft blickt wieder etwas zuversichtlicher nach vorne. Nach der Eintrübung im Frühsommer hat sich die Stimmung in den Unternehmen verbessert. Vor allem die exportstarke Industrie sorgt für Auftrieb, doch die Erholung bleibt fragil: Die Nachfrage im Inland ist weiterhin schwach, hohe Standortkosten belasten die Betriebe und die Investitionsbereitschaft kommt nur langsam in Gang. Das zeigt die aktuelle Konjunkturumfrage der zwölf Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg.

Inzwischen bewerten rund 30 Prozent der Unternehmen ihre Geschäftslage als gut, im Frühsommer waren es 28 Prozent. Deutlicher fällt die Verbesserung beim Blick nach vorne aus: Rund 23 Prozent rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit besseren Geschäften – sechs Prozentpunkte mehr als im Frühsommer (17 Prozent). Gleichzeitig ist der Anteil der Unternehmen, die eine Verschlechterung erwarten, von 28 auf 21 Prozent gesunken. Die Mehrheit bleibt allerdings zurückhaltend: 56 Prozent gehen davon aus, dass sich an ihrer Geschäftslage vorerst wenig ändert.

„Die Wirtschaft in Baden-Württemberg schöpft wieder Hoffnung. Aber von einem selbsttragenden Aufschwung sind wir noch weit entfernt“, sagt Jan Stefan Roell, Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIIHK). „Denn Rückenwind kommt vor allem aus dem Ausland, während im Inland weiterhin die Dynamik fehlt. Staatliche Ausgaben, Stichwort Sondervermögen, können die Konjunktur vorübergehend stützen – dauerhaftes Wachstum entsteht aber nur, wenn auch die private Nachfrage und die Investitionen wieder anziehen.“

Industrie sorgt für die Trendwende

Die entscheidenden Impulse kommen aus der Industrie. Knapp 31 Prozent der Industriebetriebe bewerten ihre aktuelle Geschäftslage als gut, im Frühsommer waren es nur 26 Prozent. Auch die Erwartungen haben sich deutlich aufgehellt: Gut 29 Prozent rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit besseren Geschäften, 7 Prozentpunkte mehr als im Frühsommer (22 Prozent).

Ein wichtiger Grund für die bessere Stimmung ist das **Auslandsgeschäft**. Inzwischen erwarten 36 Prozent der exportierenden Industriebetriebe steigende Ausfuhren, im Frühsommer waren es noch knapp 30 Prozent. Gleichzeitig ist der Anteil an Unternehmen, die mit rückläufigen Exporten rechnen, von knapp 25 auf 17 Prozent abgesunken. Besonders im Maschinenbau und in der Elektrotechnik wächst die Zuversicht. Die Exporterwartungen für die Eurozone und Nordamerika haben sich verbessert, während beim Geschäft mit China weiterhin die Skepsis überwiegt.

Von den besseren Perspektiven der Industrie profitiert auch der **Großhandel**. Dort haben sich die Geschäftserwartungen gegenüber dem Frühsommer ebenfalls deutlich aufgehellt. „Gerade für Baden-Württemberg mit seinem starken industriellen Fundament ist das eine gute Nachricht“, sagt Roell. „Unsere Unternehmen sind konkurrenzfähig, können die Marktnachfrage bedienen und profitieren entsprechend, wenn die Bestellungen auf den Auslandsmärkten wieder anziehen.“

Hohe Standortkosten und schwache Inlandsnachfrage bleiben Wachstumsbremsen

Dass die grundlegenden Probleme der Wirtschaft nicht verschwunden sind, zeigen die Ergebnisse. Die schwache Nachfrage im Inland bleibt das am häufigsten genannte Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung: 59 Prozent der Unternehmen sehen darin eine Gefahr. Im Frühsommer waren es 61 Prozent. Hinzu kommen die hohen Energiepreise, die 56 Prozent der Betriebe Sorgen bereiten, sowie die Arbeitskosten mit 55 Prozent. Zwar hat sich die Lage bei den Energiekosten gegenüber dem Frühsommer etwas entspannt, als noch 60 Prozent darin ein Risiko sahen. Das Belastungsniveau bleibt aber weiter hoch. Roell: „Daran ist klar zu sehen, dass wir uns nicht allein aufs Exportgeschäft verlassen können. Der Heimatmarkt muss genauso wieder Schwung bekommen – dazu gehört die Beseitigung struktureller Hemmnisse für mehr Investitionen am Standort. Die Politik in Berlin und Brüssel muss jetzt die nötigen Reformen schnellstmöglich umsetzen – wir brauchen Verbesserungen von A wie Arbeitskosten bis Z wie Zollschranken.“

Etwas nachgelassen haben auch die Sorgen über geopolitische Spannungen und Lieferengpässe. An den strukturellen Problemen des Standorts ändert das allerdings wenig. Wie unterschiedlich die wirtschaftliche Entwicklung ausfällt, zeigt der **Blick auf die Branchen**. Während Industrie und Großhandel zuversichtlicher werden, bleibt die Lage in weiten Teilen der Binnenwirtschaft schwierig. Vor allem im Einzelhandel hält die Kaufzurückhaltung an. Lediglich zwölf Prozent der Betriebe rechnen dort mit besseren Geschäften, 36 Prozent erwarten

eine Verschlechterung. Auch die Bauwirtschaft blickt überwiegend skeptisch auf die kommenden Monate.

Investitionen bleiben hinter der besseren Stimmung zurück

Die Unternehmen sind bei ihren Investitionen weiterhin vorsichtig. Zwar hat sich die Bereitschaft, in den kommenden zwölf Monaten mehr zu investieren, gegenüber dem Frühsommer etwas verbessert. So planen mit 25 Prozent inzwischen etwas mehr der Betriebe, zu investieren, als zuletzt (Frühsommer 23 Prozent). Allerdings wollen weiterhin knapp 27 Prozent ihre Invests zurückfahren (Frühsommer 31 Prozent). Auch die Investitionsmotive zeigen, wie zurückhaltend die Unternehmen bleiben. Im Vordergrund stehen weiterhin der Ersatz bestehender Anlagen und die Digitalisierung. Nur rund jedes fünfte investierende Unternehmen plant, zu expandieren und seine Kapazitäten zu erweitern.

Roells Fazit: „Damit bleibt die zentrale Frage offen, ob aus der besseren Stimmung auch belastbares neues Wachstum entsteht. Denn die wirtschaftliche Erholung wird derzeit wesentlich durch staatliche Ausgaben und das stärkere Auslandsgeschäft gestützt. Private Investitionen und der Konsum entwickeln dagegen noch nicht genügend eigene Dynamik. Die besseren Konjunkturdaten sind zwar ein wichtiges Signal, aber für eine dauerhafte Erholung braucht es mehr als staatliche Impulse und gute Exportgeschäfte.“ Er ergänzt: „Wenn Unternehmen vor allem bestehende Anlagen ersetzen, statt neue Kapazitäten aufzubauen, zeigt das: Bessere Absatzchancen führen nicht automatisch zu zusätzlichen Investitionen am Standort. Politisch muss deshalb jetzt für rundum mehr Wettbewerbsfähigkeit gesorgt werden – ob das Energie- und Arbeitskosten sind, weniger Bürokratie oder schnellere Verfahren. Nur dann wird aus vorsichtiger Erholung ein Aufschwung, der sich auch selbst trägt.“

Hintergrund

An der BWIHK-Konjunkturumfrage der zwölf Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg für den Herbst 2026 haben sich 3.255 Unternehmen beteiligt. Die Befragung fand im Zeitraum 14. September bis 02. Oktober statt. Die Ergebnisse liefern Auskunft über die aktuelle Geschäftslage, die Erwartungen für die kommenden zwölf Monate sowie die Investitions- und Beschäftigungspläne der Unternehmen. Die Vergleichswerte stammen aus der BWIHK-Konjunkturumfrage vom Frühsommer 2026.

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIIHK | FF Volkswirtschaft

IHK Region Stuttgart

Franziska Stavenhagen

Telefon 0711 2005-1317

E-Mail: franziska.stavenhagen@stuttgart.ihk.de

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.